An alle Haushalte mit Tagespost

MACH'S MÖGLICH

GRÜNE ZEITUNG ZUR LANDTAGSWAHL AM 20. JANUAR 2013

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
WWW.GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE

Den Wechsel wählen in Niedersachsen

Liebe Wählerinnen und Wähler,

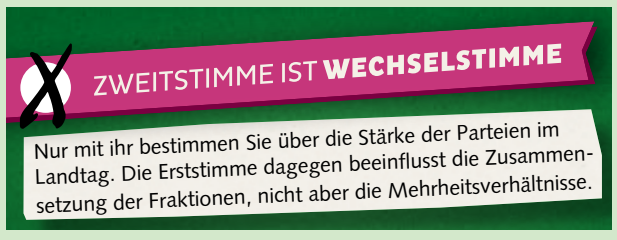
nach zehn Jahren Schwarz-Gelb ist Niedersachsen das Land der Negativrekorde. Wir haben mehr SchulabsteigerInnen als alle anderen Bundesländer und sind das deutsche Atomklo. Wir sind das Land der Wulff-Affäre und das Land, in dem die meisten Tiere in Tierfabriken leiden. Das ist die Bilanz der Regierungskoalition aus CDU und FDP – aber auch der Kurs, auf dem wir bleiben, wenn es zu einer weiteren schwarz-gelben Amtszeit kommt. Deshalb braucht Niedersachsen den Wechsel.

Denn nicht die SchülerInnen sind Schlusslicht, sondern die Bildungspolitik, die die Chancen ungerecht verteilt. Wir wollen allen SchülerInnen den Aufstieg ermöglichen, statt sie in den G8-Bildungs-Burnout zu treiben. Wir wollen Studierende lernen lassen, statt sie mit Studiengebühren abzukassieren. Die Kernenergie hat ein paar Jahre Strom zu Dumping-Preisen geliefert. Was davon übrig ist, sind viele Tausende Fässer hochradioaktiven Mülls, der für eine Million Jahre strahlen wird. Wir müssen verhindern, dass Asse, Gorleben und Schacht Konrad zu tickenden Zeitbomben werden und unser Grundwasser verseuchen – und wir müssen endlich in eine zukunftsfähige Energieversorgung investieren!

In unserem Bundesland leben mehr Schweine, Legehennen und Mastgeflügel in Käfigen, als es Menschen in Deutschland gibt. Dieser Wahnsinn belastet nicht nur die Tiere selbst, sondern auch unser Grundwasser und unsere Luft und lässt sich nur mit dem massiven Einsatz von Antibiotika aufrechterhalten. Statt einfach so weiter zu machen, wollen wir den überfälligen Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft fördern, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft.

Schwarz-Gelb stellt sich diesen Herausforderungen nicht, sondern befasst sich mit sich selbst, fördert die Wirtschaft nach Gutsherrenart, verwickelt sich in Sponsoring-Affären und treibt die Landesschulden auf Rekordniveau. Wir wollen, dass Niedersachsen gerechter, ökologischer und demokratischer wird. Wir wollen den Politikwechsel in Niedersachsen. Geben Sie uns dafür Ihre Stimme. Am 20. Januar Grün wählen!

Anja Piel und Stefan Wenzel
SpitzenkandidatInnen



Die Zeit ist reif für konsequenten Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit

Uns geht's ums Ganze: Es ist höchste Zeit, den ökologischen Umbau einzuleiten. Von der Energiepolitik über die Art des Wirtschaftens bis hin zum Verkehr. Nur so gelingt es uns, effektiven Klima- und Umweltschutz umzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, können wir nicht darauf warten, dass sich die Welt auf ein neues Klimaschutzabkommen verständigt. Wir müssen jetzt und hier handeln! In Niedersachsen werden wir alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen Wandel zu gestalten.

Die Zeit ist reif für eine Politik, die Ökologie und Solidarität in den Mittelpunkt stellt und die Menschen mitnimmt, statt sie auszugrenzen. Grüne Themen und Forderungen werden inzwischen von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt. Damit diese Anliegen nicht in der Opposition verbleiben, ist die anstehende Landtagswahl so wichtig. „Mach's möglich" – Sie, die Wählerinnen und Wähler, haben es am 20. Januar in der Hand, aus gesellschaftlichen auch politische Mehrheiten werden zu lassen. Machen Sie den Wechsel möglich, geben Sie uns Ihre Zweitstimme. Denn: Die Zweitstimme ist die Wechselstimme.

Agrarwende auftischen!

Für eine faire, ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft

CDU und FDP haben Niedersachsen zum Land der Massentierhaltung gemacht. Ihre Politik raubt der bäuerlichen Landwirtschaft die Lebensgrundlage und ersetzt sie durch Tierfabriken, in denen über 90 Millionen Schweine, Legehennen und Mastgeflügel vegetieren. Diese Fabriken sind nicht nur der Ursprung der niedersächsischen Lebensmittelskandale, sondern vernichten Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft. Um Tiere und VerbraucherInnen zu schützen, müssen wir Niedersachsen zum Land der nachhaltigen Landwirtschaft machen.

Nach zehn Jahren Schwarz-Gelb sind wir Schlusslicht beim Ökolandbau und bewirtschaften nur 2,9 Prozent unserer Flächen nachhaltig. Statt die Umstellung auf den ökologischen Landbau zu fördern, wurden Millionensummen in die Agro-Gentechnik gepumpt – gegen den Willen der VerbraucherInnen. Wir wollen den gentechnikfreien Anbau zu einem niedersächsischen Standortvorteil machen und dort fördern, wo nachhaltige Arbeitsplätze und nachhaltige Landwirtschaft möglich sind.

Während die schwarz-gelbe Landesregierung Hühner noch bis 2025 in engen Käfigen sieht, fordern wir ein schnelles Verbot der Käfighaltung. Die Größe der Ställe muss sich nach den Bedürfnissen der Tiere richten und nicht nach den ökonomischen Interessen der Agrarindustrie. Damit die VerbraucherInnen selbst entscheiden können, welche Eier auf Ihren Tisch kommen, sind wir für die Kennzeichnungspflicht bei Eierprodukten. Der konsequente Tierschutz ist längst Bestandteil unserer Verfassung – es ist an der Zeit, dass sich die Politik diesem Ziel verpflichtet und Tieren den Schutz zukommen lässt, der ihnen zusteht.

www.gruene-niedersachsen.de

WÄHLBAR:

Anja Piel 1
Kreisverband Hameln-Pyrmont
Industriekauffrau

anja.piel@gruene-niedersachsen.de
www.anja-piel.de

Stefan Wenzel 2
Kreisverband Göttingen
Agrarökonom

stefan.wenzel@gruene-niedersachsen.de
www.wenzel-goe.de

Miriam Staudte 3
Kreisverband Lüneburg
Pädagogin, Sozialarbeiterin

miriam.staudte@gruene-niedersachsen.de
www.miriam-staudte.de

Christian Meyer 4
Kreisverband Holzminden
Diplomsozialwirt

christian.meyer@gruene-niedersachsen.de
www.christian-meyer-gruene.de

Ina Korter 5
Kreisverband Wesermarsch
Lehrerin

ina.korter@gruene-niedersachsen.de
www.ina-korter.de

Thomas Schremmer 6
Kreisverband Hannover
Erzieher und Personalrat

thomas.schremmer@gruene-niedersachsen.de
www.thomas-schremmer.de

Filiz Polat 7
Kreisverband Osnabrück-Land
Volkswirtin

filiz.polat@gruene-niedersachsen.de
www.filiz-polat.de

Helge Limburg 8
Kreisverband Nienburg
Jurist

helge.limburg@gruene-niedersachsen.de
www.helge-limburg.de

Julia Willie Hamburg 9
Kreisverband Göttingen
Studentin

julia.hamburg@gruene-niedersachsen.de

Mehr Grips bei der Bildung

Von Anfang an, ein Leben lang: Bildungschancen schaffen

Teilhabe beginnt dort, wo Lebenswege beginnen. Wenn wir allen Menschen in unserer Gesellschaft die Chance auf sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes, erfolgreiches Leben geben möchten, müssen wir ein Bildungssystem schaffen, das diese Chancen von Anfang an bietet. Dafür brauchen wir einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote statt eines milliardenschweren schwarz-gelben Betreuungsgeldes, das Ungleichheit fördert. Ein gutes Schulsystem überwindet die soziale Spaltung, anstatt sie zu reproduzieren. Am Anfang steht hier ein barrierefreier Zugang zu Bildung – unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern.

Auf zehn Wechsel in eine niedrigere Schulform kommt in Niedersachsen nur ein Wechsel in eine höhere. In keinem Bundesland ist das Verhältnis schlechter. Wir wollen ein Bildungssystem verwirklichen, das mehr Qualität und Bildungsgerechtigkeit schafft. Dabei helfen auch der Ausbau des inklusiven Lernens und eine neue Lernkultur, die Kinder individuell fördert, anstatt sie einfach sitzenbleiben zu lassen. Das erreichen wir mit längerem gemeinsamen Lernen, kleineren Klassen, dem flächendeckenden Ausbau von gebundenen Ganztagsschulen und mehr Integrierten Gesamtschulen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren in unverantwortlicher Weise den Leistungsstress vieler SchülerInnen erhöht und ihre Erfolgschancen vermindert. Das Turbo-Abitur hat mit individueller Bildung nichts zu tun und ignoriert, dass SchülerInnen unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten haben. Wir werden Wahlfreiheit schaffen zwischen acht und neun Jahren auf dem Weg zum Abitur und damit vielen jungen Menschen erfolgreiche Bildungswege und mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten und Auslandsaufenthalte ermöglichen.

Auch beim Studium und der Ausbildung müssen wir ran. Niedersachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das am unsozialen Modell der Studiengebühren festhält – den Preis dafür bezahlen die, die sich Studieren einfach nicht mehr leisten können. So benachteiligen wir gerade die Menschen aus einkommensschwachen Familien oder Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund. Deshalb werden wir die Studiengebühren und die Langzeitstudiengebühren spätestens zum Wintersemester 2014/2015 für das Erststudium einschließlich des Master-Abschlusses abschaffen – für das, was den Hochschulen an Mitteln fehlt, muss das Land aufkommen und nicht die Studierenden.

Wir wollen nicht nur den Einstieg ins Studium, sondern auch den Einstieg in die duale Bildung erleichtern. Dafür wollen wir auch Jugendlichen mit schwachem oder gar keinem Schulabschluss oder mit besonderem Unterstützungsbedarf die Chance auf eine anerkannte berufliche Ausbildung bieten. Wir werden alles dafür tun, um die Qualität der beruflichen Bildung trotz des demografischen Wandels zu erhalten.

Die Energie für die Wende

Die Zukunft kommt aus der Steckdose

Ein Niedersachsen, das seinen Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien bezieht – das ist unser Ziel. Dafür müssen wir weg von Kohle und Atom und hin zu mehr Energie aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. Der Atomausstieg ist von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen worden. Statt im Anschluss an den Ausstieg die Energiewende einzuleiten, hat die Landesregierung den Umstieg verpennt. Zu einem Ausbau der Erneuerbaren Energien gehören die Ausweisung neuer Windenergiestandorte und die Erneuerung alter Anlagen durch moderne Neuanlagen mit erheblich höheren Energiegewinnen und leiserer Technik. Wir wollen den Ausbau der Offshore-Windenergie vor den niedersächsischen Küsten unterstützen. Die Anlagen erzeugen durch die hohen Windgeschwindigkeiten auf See mehr grünen Strom und können wegen ihrer Grundlastfähigkeit einen bedeutenden Teil zur Energiewende beitragen. Die Energiewende gelingt nur, wenn alle regenerativen Energieformen bestmöglich genutzt werden. Deshalb werden wir den schwarz-gelben Solarausstieg stoppen.

Neben der Frage nach alternativen Energiequellen stellt sich auch die Frage nach unserem eigenen Energieverbrauch: Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir mindestens die Hälfte der derzeit von uns verbrauchten Energie einsparen. Deshalb müssen wir Energie effizienter nutzen und unsere Wirtschafts- und Lebensweise anpassen. So steckt zum Beispiel in der energetischen Sanierung von Häusern ein großes Einsparungspotenzial. Wir wollen einen bewussten Umgang mit Energie fördern – im Handwerk, in der Industrie, in privaten Haushalten und im Verkehr. Wir wollen eine Niedersächsische Klimaschutz- und Effizienzagentur schaffen, die Kommunen, Unternehmen und Privatleute berät, beim Ressourcen- und Klimaschutz unterstützt und energiesparendes Konsum- und Nutzungsverhalten fördert.

Für die niedersächsische Automobilindustrie ist die Strategie „weg vom Öl“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Denn nur so wird sie für die zukünftigen Mobilitätsanforderungen gerüstet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Niedersachsen das Land der ressourcen- und klimaschonenden Mobilität wird. Statt teurer, unsinniger und ökologisch schädlicher Autobahn-Neubauprojekte sind Investitionen in den Bestand und ein Ausbau bei Bus und Bahn erforderlich.

Die Energiewende hilft uns nicht nur dabei, unseren zukünftigen Energiebedarf zu decken, sondern ist elementarer Bestandteil eines wirksamen Klimaschutzes. Neben den Emissionen, die wir durch unseren Energieverbrauch verursachen, gibt es weitere CO_2-Quellen. Unsere Moore sind ein natürlicher Speicher für dieses Treibhausgas und verdienen deshalb besonderen Schutz – ihre Zerstörung macht immerhin zwölf Prozent der jährlichen CO_2-Emissionen aus. Der unterirdischen Lagerung des klimaschädlichen CO_2 mit Hilfe der CCS-Technik (Carbon Dioxide Capture and Storage) erteilen wir aufgrund der hohen Risiken für Umwelt und Natur eine klare Absage. Aus denselben Gründen sind wir auch entschieden gegen die unkonventionelle Gasförderung (Fracking).

Sie machen es möglich!

Die Grünen SpitzenkandidatInnen im Gespräch

Anja Piel und Stefan Wenzel sind die GRÜNEN SpitzenkandidatInnen für die Landtagswahl im Januar. Im Interview erklären sie, warum der Wechsel für Niedersachsen besser ist als noch einmal fünf Jahre Schwarz-Gelb.

Hallo Anja, hallo Stefan. Ihr seid mitten im Wahlkampf, hetzt von einem Termin zum anderen und kommt wahrscheinlich erst nach dem 20. Januar wieder zur Ruhe. Woher nehmt ihr euren Antrieb?

Anja: Na, der Wechsel ist mein Antrieb! Dafür bleibe ich länger wach und stehe früher auf. Denn je mehr Menschen ich davon überzeugen kann, desto wahrscheinlicher wird er. Wenn alle WählerInnen heute wüssten, wie die schwarz-gelbe Landesregierung in die eigene Tasche gewirtschaftet hat, wie Steuergelder in Tierfabriken gepumpt werden statt in mehr Gleichberechtigung und Teilhabe – der Wechsel wäre morgen sicher.
Stefan: Seit zehn Jahren muss ich als Abgeordneter zusehen, wie Schwarz-Gelb das Land runterwirtschaftet. Wulff und McAllister haben seitdem 20 Milliarden neue Schulden gemacht, so viel wie keine andere Regierung vor ihnen.

Das heißt ihr wollt vor allem sparen?

Anja: Bildung, Kinderbetreuung und die Energiewende brauchen nicht weniger, sondern mehr Förderung. Und ohne faire Löhne ist Gerechtigkeit nicht zu machen. Aber natürlich lässt sich das alles nicht auf Pump machen.
Stefan: Wir wollen in die Zukunft des Landes investieren. Aber wir werden in den nächsten Jahren auch den gigantischen schwarz-gelben Schuldenberg verringern müssen. Das bedeutet, dass wir Wohlhabende und Besserverdienende an der Finanzierung der Aufgaben des Landes stärker beteiligen müssen: Durch eine angemessene Erbschaftssteuer sowie eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer. Wir wollen nicht nur sparen, wir wollen für Niedersachsen endlich einen neuen Politikstil. Wir wollen Beteiligung ermöglichen, anstatt dass PolikterInnen von oben herab regieren. Wir wollen eine offene Gesellschaft für das Land.

Was versteht ihr unter dem Begriff offene Gesellschaft? Das hört man ja immer wieder von den GRÜNEN, aber was meint ihr damit?

Anja: Eine offene Gesellschaft ist die, die dir den Platz für deine persönliche Entwicklung und freie Entfaltung gibt. Die dich so leben lässt, wie du das möchtest und dir die Chancen bietet, die du brauchst. Die überfällige Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft ist ein Beispiel dafür. Was interessiert es die Politik, ob du dich in Männer oder Frauen verliebst? Warum entscheidet die Politik, was Familie ist? Eine offene Gesellschaft ist offen für die Wünsche und Pläne der Menschen, die in ihr leben.
Stefan: Sie ist eine Gesellschaft der Chancen. Die Chance auf eine gute Ausbildung für unsere Kinder. Die Chance zu studieren – und zwar unabhängig von Einkommen, Bildung und Herkunft der Eltern. Die Chance auf Integration.

Euer Wunsch für den 20. Januar?

Stefan: Ganz klar, der Wechsel für Niedersachsen!
Anja: Mein Wunsch für den 20. Januar ist Ihre Stimme! Sie entscheiden darüber, wie es in Niedersachsen weitergeht. Sie machen es möglich!

Eine für alle

Die moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten

Die Flüchtlingspolitik Niedersachsens hat sich in den schwarz-gelben Regierungsjahren massiv verschlechtert. Der verantwortungslosen Abschiebepolitik von CDU und FDP setzen wir eine menschliche Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik entgegen. Grüne Flüchtlingspolitik hat zum Ziel, die Verletzung von Menschenrechten nicht nur zu bekämpfen, sondern Menschen, die verfolgt werden, gezielt aufzunehmen und zu schützen.

Wir wollen für die vielen Tausend Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die oft seit Jahren in Niedersachsen nur geduldet sind, ein bundesweit wirksames, humanitäres Bleiberecht schaffen, sodass niemand mehr täglich mit seiner Abschiebung rechnen muss. Auch wenn die aufenthaltsrechtliche Gesetzgebung auf Bundesebene stattfindet, werden wir weiter dafür streiten, dass alle landespolitischen Spielräume für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ausgeschöpft werden. Wir wollen Abschiebung stoppen und den hier lebenden Flüchtlingen die von ihnen benötigte Betreuung und Beratung zukommen lassen. Die niedersächsischen Ausländerbehörden müssen ihren Integrationsauftrag erfüllen und Beratungsstellen für die Anliegen jener Menschen werden, die in Niedersachsen um eine Aufenthaltserlaubnis bitten.

Wir stehen für ein weltoffenes Niedersachsen, das mehr Zuwanderung ermöglicht. Denn sie ist nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen und demografischen Gesichtspunkten dringend notwendig. Wir setzen uns deshalb für ein Gesetz ein, das die Zuwanderung mit realistischen und realisierbaren Anforderungen fördert und regelt. Eine rechtliche Gleichstellung und echte Chancengleichheit sind die Grundlagen einer inklusiven Gesellschaft. Diese Ziele erreichen wir in Niedersachsen nur mithilfe einer gesetzlichen Grundlage, die Eingewanderten und ihren Kindern in allen Lebenslagen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir setzen uns für die Verwirklichung einer Gesellschaft ein, die alle Menschen als gleichberechtigt annimmt und kulturelle Unterschiede achtet, anstatt eine „Leitkultur“ vorzugeben.

Schluss mit dem Atomklo

Neustart für die Endlagersuche

Atomkraft ist und bleibt gefährlich – das hat sogar die Bundeskanzlerin erkannt. Doch solange die Reaktoren noch laufen, ist eine nukleare Katastrophe weiterhin möglich – und wir produzieren immer mehr Atommüll. Wie unsicher die Entsorgung dieses Mülls ist, zeigt die Entwicklung im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel. Dieses gilt als eines der größten Umweltprobleme in Europa. Über 126.000 Fässer mit radioaktivem Abfall lagern in dem Schacht, der als

Prototyp für ein Endlager in Gorleben geplant war. Täglich dringen dort 12.000 Liter Wasser ein und drohen, unser Grundwasser zu verseuchen. Der Atommüll muss deshalb raus aus der Asse!

Auch im Schacht Konrad dürfen jetzt keine weiteren Fakten geschaffen werden. Wir brauchen die ergebnisoffene Endlagersuche, damit der geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Standort Gorleben so schnell wie möglich aufgegeben wird.

Atommüll muss für mehr als eine Million Jahre sicher eingelagert werden. Wir glauben deshalb nicht an eine einfache und wartungslose Endlagerung. Lassen Sie uns den Atomausstieg konsequent zu Ende bringen!

WÄHLBAR:

Hans-Joachim Janßen 10
Kreisverband Friesland
Landespfleger
hans-joachim.janssen@gruene-niedersachsen.de

Meta Janssen-Kucz 11
Kreisverband Leer/Ostfriesland
Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin
meta.janssen-kucz@gruene-niedersachsen.de
www.janssen-kucz.de

Volker Bajus 12
Kreisverband Osnabrück-Stadt
Sozialwirt
volker.bajus@gruene-niedersachsen.de
www.volker-bajus.de

Dr. Gabriele Heinen-Kljajic 13
Kreisverband Braunschweig
Politologin
gabriele.heinen@gruene-niedersachsen.de
www.heinen-kljajic.de

Ottmar von Holtz 14
Kreisverband Hildesheim
Ökonom
ottmar.vonholtz@gruene-niedersachsen.de
www.vonholtz.de

Maaret Westphely 15
Kreisverband Hannover
Geografin
maaret.westphely@gruene-niedersachsen.de
www.maaret-westphely.de

Gerald Heere 16
Kreisverband Braunschweig
Politikwissenschaftler
gerald.heere@gruene-niedersachsen.de
www.geraldheere.de

Susanne Menge 17
Kreisverband Oldenburg-Stadt
Lehrerin für Politik, Wirtschaft sowie Werte und Normen
susanne.menge@gruene-niedersachsen.de

Belit Onay 18
Kreisverband Hannover
Rechtswissenschaftler
belit.onay@gruene-niedersachsen.de
www.belit-onay.de

WÄHLBAR:

Elke Twesten 19
Kreisverband Rotenburg/Wümme
Finanzwirtin

elke.twesten@gruene-niedersachsen.de
www.elke-twesten.de

Heiner Scholing 20
Kreisverband Uelzen
Förderschullehrer

heiner.scholing@gruene-niedersachsen.de
www.heiner-scholing.de

Regina Asendorf 21
Kreisverband Hannover
Agraringenieurin

regina.asendorf@gruene-niedersachsen.de

Peter Sokolowski 22
Kreisverband Wilhelmshaven
Sozialarbeiter und Sozialpädagoge

peter.sokolowski@gruene-niedersachsen.de
www.petersokolowski.de

NOCH FRAGEN? Wir haben die Antworten! In den letzten 72 Stunden vor der Wahl stehen wir online rund um die Uhr Rede und Antwort. Mit einem Team aus WahlkämpferInnen, Abgeordneten, MitarbeiterInnen und Freiwilligen beantworten wir Ihre Fragen. Und Sie können uns dabei im Live-Stream verfolgen.

http://drei.tw

Impressum

Herausgegeben von:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Niedersachsen
V.i.S.d.P.: Katja Sauer
Odeonstraße 4, 30159 Hannover

landesverband@gruene-niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Gestaltung, Layout und Umsetzung:
KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin

Druck: Druck- und Verlagszentrum Hagen-Bathey

Genug Klappe gehalten

Demokratie schützen, Nazis entgegentreten

CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren Regieren als etwas verstanden, das von oben nach unten verläuft und die Menschen in diesem Land zu ZuschauerInnen macht. Seit Einführung des Volksabstimmungsgesetzes gab es in Niedersachsen keine einzige erfolgreiche Volksinitiative. Wir stehen für einen neuen Politikstil, der die Menschen zu Mitwirkenden werden lässt. Dafür senken wir die Hürden für Volksentscheide und BürgerInnenbegehren. Wir treten für eine Politik ein, die Lösungen im Dialog entwickelt und neue Beteiligungsformen erprobt.

Das aktive Wahlrecht für Landtags- und Kommunalwahlen wollen wir auf 14 Jahre absenken. Bei der Direktwahl von BürgermeisterInnen und LandrätInnen werden wir die Stichwahl wieder einführen, damit tatsächlich sichergestellt ist, dass die gewählte Person eine Mehrheit der WählerInnen hinter sich hat.

Das Internet bietet gerade in einem Flächenland wie dem unseren weitreichende Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Daher fordern wir für den niedersächsischen Landtag ein E-Petitions-System, um die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen zu verbessern.

Beteiligung setzt Transparenz voraus. Angesichts der wachsenden Informationsmacht der Behörden setzen wir uns für ein Landesinformationsfreiheitsgesetz ein, damit Niedersachsen bei Transparenz und Teilhabe nicht länger hinterherhinkt.

2011 war Niedersachsen auf Platz drei bei den rechtsextremen Straftaten. Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben viele Menschen erschüttert. Es gibt viel zu tun, um Nazis in Niedersachsen zu bekämpfen. Wir wollen endlich ein Landesprogramm gegen Rechts und für Demokratie und Menschenrechte. Wir setzen uns für ein Verbot der NPD ein und lehnen die Extremismus-Klausel ab. Menschen, die sich gegen Nazis engagieren, unter Generalverdacht zu stellen und damit antifaschistisches Engagement zu blockieren, ist skandalös.

Jetzt durchstarten

Mehr Raum für Kinder und Jugendliche

Eine gerechte Gesellschaft braucht Solidarität und ein starkes Gemeinwohl. Wir wollen Teilhabe für alle ermöglichen. Hier sind die Unterstützung von Familien und die Förderung optimaler Startchancen für Kinder und Jugendliche besonders wichtig. Wir wollen Kinder und Jugendliche ins Zentrum unserer Gesellschaft holen und ihnen mehr Raum geben – für all ihre Interessen und Bedürfnisse. Wir brauchen mehr Qualität bei der Kinderbetreuung und müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen!

Niedersachsen ist im bundesweiten Vergleich bei Krippenplätzen und der frühkindlichen Bildung weit abgeschlagen. Statt des unsinnigen CDU-Betreuungsgeldes setzen wir uns dafür ein, die dafür notwendigen 1,2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau von Betreuungsplätzen sowie in die Ausbildung und angemessene Bezahlung von ErzieherInnen zu investieren. Es fehlen noch mehr als 20.000 Kita-Plätze, um die Quote von 35 Prozent für den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder unter drei Jahren in Niedersachsen zu erfüllen.
Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und feste Bezugs- und Schutzräume für Kinder. Deshalb müssen die Personalstandards dringend verbessert werden. Derzeit werden 15 unter Dreijährige von nur zwei ErzieherInnen betreut. Wir fordern, dass für fünf Kinder eine ErzieherIn zur Verfügung steht.
Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir uns für eine verlässliche, bedarfsgerechte, hochwertige und inklusive Ganztagsbetreuung in allen Altersklassen ein – vom Krippen- bis zum Schulkind.

Wir wollen den Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz schaffen und die Kommunen dabei unterstützen, die Kindertagesstätten, Mehrgenerationenhäuser und Grundschulen zu Familienzentren auszubauen. In diesen Familienzentren, die Raum für Vernetzung und Begegnung der Kulturen bieten, werden wir Angebote der Erziehungsberatung, der Familien- und Gesundheitsbildung sowie Familien-Service-Büros schaffen.

DU WILLST MEHR?

Sende das ausgefüllte Formular bitte an: BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 4, 30159 Hannover, E-Mail: landesverband@gruene-niedersachsen.de

○ **Ja,** ich möchte über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten der Grünen bei mir vor Ort informiert werden.

○ **Ja,** ich möchte Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden. Schickt mir bitte die notwendigen Unterlagen an meine Postadresse.

Vorname: .....

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

E-Mail: .....

HILF GRÜN BEIM WACHSEN!

Die Daten werden ausschließlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Diese Bekundung stellt noch keine Erklärung einer Mitgliedschaft bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar.

www.gruene-niedersachsen.de